



Essen von Reichswehr-Truppen genommen

2,000 Kommunisten flüchten sich auf britisches Okkupations-Gebiet; Franzosen besetzen auch Offenbach, Homburg und Wiesbaden

Deutschland protestiert gegen franz. Maßnahmen

London, 7. April. — Eine Berliner Depesche an den Erzbischof von London meldet, dass nunmehr auch Offenbach, Homburg und Wiesbaden von französischen Truppen besetzt worden sind.

Obere Rat wird Stellung nehmen

London, 7. April. — Der Obere Rat wird morgen in London zusammenkommen, um die Lage in Deutschland zu besprechen. Premier Lloyd George, W. Cambon von Frankreich, der italienische Minister des Aeußeren Scialoja, der Premierminister Benigelos von Griechenland, Baron Chinda von Japan, General Vorhelst von Frankreich, Carl Curzon und Andrew Bonar Law von Großbritannien werden der Konferenz ebenfalls beimohnen. Lord Derby ist gestern nach Paris zurückgekehrt. Es heißt, dass er Frankreich gegenüber eine „wohlwollende Neutralität“ einnimmt.

Essen von Reichswehr besetzt

Berlin, 7. April. — Hier wurde heute bekannt gemacht, dass die deutschen Einheiten Dienstagabend in Essen eingezogen sind und die deutsche Fahne schwarz-rot-gold gehißt haben.

London, 7. April. — Eine heutige Depesche von Koblenz meldet, daß über 2000 Mann der geschlagenen kommunistischen Armee sich auf britisches Okkupationsgebiet geflüchtet haben.

Die Kämpfe im Ruhrdistrikt

Berlin, 7. April. — Der nördliche Teil des Ruhrdistrikts mit Einschluß von Duisburg, Mülheim, Dortmund, Gumborn, Sternrode, Oberhausen und Schwerte befindet sich, seitens der Besatzungsmächte, in Händen des Generals Stabitzky, der von Weisel aus gegen die Rebellen operiert. Die Entlassung der Radikalen kann nur in jenen Distrikten vorgenommen werden, wo die Reichswehr volle Kontrolle erlangt hat. Mit welcher Wut gekämpft wird, geht daraus hervor, daß auf Seiten der Radikalen mehrere bewaffnete Frauen gefallen sind. Die Unterdrückung des Aufstandes kann nur durch Anwendung von Artillerie und Panzern bewerkstelligt werden. Es wird in Zeitungen darauf hingewiesen, daß russische Sowjetoffiziere an und hinter der Front tätig sind.

London, 7. April. — Eine Franzfurter Depesche an die Daily News besagt, daß sich die Kommunisten während der Kämpfe um Essen Grausamkeiten zu Schulden kommen ließen, indem sie friedliche Bürger mißhandelten und deren Häuser plünderten. Derartige Vorgänge lassen erkennen, daß die Führer die Kontrolle über die Kommunisten verloren haben.

Reichswehrtruppen haben die Ruhrdistrikte besetzt, um zu verhindern, daß sich die Kommunisten in dem Waldgebiet zwischen Ruhr und Bupper festsetzen. Eine Brigade Marinetruppen hat Karnap und Hordich besetzt. Die Bergwerke südlich von Soerde sollen stark beschädigt sein. Einer Depesche aus Weisel zufolge haben reguläre Truppen die ganze Nordlinie des Ruhr. Industriegebietes besetzt. Bei Vorkrop kam es zu einem hitzigen Gefecht.

Kanzler Müller erhebt Protest

Berlin, 7. April. — Reichskanzler Müller gab die Erklärung ab, daß der französische Premier Millerand anfänglich informell die Zustimmung zur Besetzung des Ruhrdistrikts durch Reichstruppen gegeben habe, in der Annahme, daß diese sich nach Wiederherstellung des Aufstandes wieder zurückziehen würden, was in zwei bis drei Wochen der Fall sein würde. Nunmehr aber haben einflussreiche französische Generale Millerand zu bewegen gesucht, aus der inneren Lage Deutschlands politisches Kapital zu schlagen. Der Kanzler verweist auch darauf, daß das Vorgehen der Franzosen den Kommunisten das Rückgrat härten wird. In einer offiziellen Kundgebung heißt es, daß die deutsche Regierung über das

Radikale in Dänemark reden von Soviets

Polizeiliche Absperzung der Gegend um das Schloß; keine ernstlichen Unruhen zu bezweifeln.

Kopenhagen, 7. April. — Am Montagabend war die gesamte Polizeimannschaft mobil gemacht und besondere Vorkehrungen getroffen worden, um die Menge aus der Nachbarschaft des königlichen Schlosses fern zu halten. Sonderlisten und radikale Sozialisten hielten vor dem Rathaus Versammlungen ab, in denen viel über die Einführung einer Sowjetrepublik und andere radikale Maßnahmen die Rede war. Große Truppen von Streifenläufern durchzogen, Unruhe brütend, die Straßen, wurden aber durch die Polizei daran verhindert, etwas Anderes zu verüben, als das Einwerfen einiger Leuchtensender und die Plünderung einiger Schaufenster. Dem Widerstand des Generalstreiks scheint auf allen Gebieten Folge geleistet zu werden, und das Gesellschaftsleben gewinnt einen normalen Anstrich. Der Jubel der gemäßigten Sozialisten wird dadurch etwas gedämpft, daß die Drohung mit dem Generalstreik, den Radikalen eine Waffe in die Hand gegeben hat, die sie nun gegen die Sieger kehren.

Eine Verächtigung im Bericht über den Hilfsfonds

Die Menonitengemeinde bei Bremer gab \$63.40 und die übrigen Bürger \$565.00.

Zu unserm gestrigen Bericht über den Hilfsfonds hatte sich ein unliebsamer Fehler eingeschlichen. Wir meldeten, daß die deutsche Menonitengemeinde bei Bremer, Nebr., \$628.40 für den Fond gegeben habe, den der Herr Paul Wupper eingeleitet hat. Das war insofern ein Irrtum, daß von den \$628.40, die erwähnte Gemeinde \$63.40 gesammelt, der Hauptbetrag von \$565.00 aber von andern Bürgern deutscher Herkunft jener Gegend für das Hilfswerk unter Herrn Paul Wupper's Leitung gesammelt wurde. Wir hoffen mit dieser Verichtigung aller unangenehmen Kritik vorzubeugen. Jedenfalls das Seine.

Die Reichstags-Wahl in Deutschland

Berlin, 7. April. — Die Reichstagswahlen erst im Spätherbst abhalten zu wollen, Abstand genommen und wird dieselben im Juni, möglicherweise noch früher, auszusprechen. Für die Sozialdemokraten bedeutet die kommenden Wahlen eine schwere Schicksalsstunde, und sie haben eine außerordentliche Parteitagung einberufen, die dieser Lage stattfinden soll. Dem Vernehmen nach soll ein letzter Versuch gemacht werden, die Unabhängigen in das Lager der Mehrheits- Sozialisten hinüberzuziehen, damit beide Flügel geschlossen in den Kampf einziehen können. Die Führer der Mehrheit glauben, gute Aussichten vorzuliegen zu können, da, wie es heißt, einige der bekannteren Unabhängigen einsehen sollen, daß ihre Gefährdung lediglich von den Spartakisten aufgehen resp. zerrieben wird. Die Mehrheitspartei ist auch bereit, den Unabhängigen neue Zugeständnisse zu machen, besonders hinsichtlich der Sozialisierung gewisser Industrien in Frage kommt. Bekanntlich haben die Unabhängigen die Mehrheitssozialisten schon seit geraumer Zeit angegründet, den Sozialismus verweigern zu haben, um Venter zu erlangen. Der Parteitag wird sich auch mit einigen vorgelegenen Verfassungsänderungen beschäftigen, darunter die bezüglich der Wahl des Reichspräsidenten die vorgelegte ist. Wertmindernd ist dabei, daß die offiziellen Sprachrohre der Partei-Mehrheit gegen die Ernennung des Reichspräsidenten durch das Volk, wie sie die Verfassung vorschreibt, sind.

Mexiko wird Streik durch Soldaten brechen

Nogales, Ariz., 7. Apr. — Wenn die mexikanische Southern Pacific Bahn und ihre streikenden Arbeiter nicht innerhalb 72 Stunden zu einer Einigung gelangen und Jüge in Betrieb haben, wird die mexikanische Regierung die Jüge konfiszieren und den Vahnbetrieb durch Soldaten aufnehmen. So lautet das Ultimatum, das beiden Seiten von Bundesrichter Velasco in Nogales, Sonora, gestellt wurde. Nach den Ansichten von Politikern im Staat Sonora würde ein solcher Schritt der Regierung den ganzen Staat in eine Revolution in Arme treiben.

In Kroatien tobt der Bürgerkrieg

Wien, 7. April. — Zwischen Truppen und Bauern sind in Kroatien infolge der Weigerung der deutsch-ungarischen Bauern, der Aufforderung zum Soldatendienst zu entsprechen, Kämpfe im Gange; laut Depesche aus Agram griffen Hunderte von Bauern mit Sensen und Äxten die Truppen an, und es sind in den Kämpfen, die sich über das ganze Land ausbreiten, Hunderte gefallen und noch mehr verwundet worden. Die Behörden haben viele Verhaftungen vorgenommen.

Schweizer Stickerreise

Bern, 7. April. — In März begifferte sich die Ausfuhr von Schweizer Stickerreisen auf zehn und eine halbe Million Francs, 1,200,000 Francs mehr als im Februar und gegen vier Millionen im März 1919. Auf der jüngsten Leipziger Messe haben Amerikaner für sechs Millionen Mark Schweizer Stickerreisegezeugnisse gekauft, infolgedessen Deutschland Kredit in Dollarwerten erhält, den es vorteilhaft gegen Schweizer Kredit austauscht.

Reichstages-Kabinett

Konstantinopel, 7. April. — Ein neues Kabinett hat sich gebildet mit Samad Ferid Pascha als Großvezier, und Minister des Aeußeren, Reichid Bey als Minister des Innern, Mehmed Said Pascha als zeitweiliger Kriegsminister und Ruchdi Effendi als Justizminister.

Niederlage der Armeevorlage prophezeit

Zur Abweisung derselben wird sich ein Dutzend Republikaner mit den Demokraten verbünden.

Washington, 7. April. — Die Gegner der allgemeinen Dienstpflicht verbanden die bevorstehende Niederlage der Heeres-Reorganisations-Vorlage im Senat. Sie erklärten, daß sich zehn bis zwölf Republikaner den Demokraten zur Abweisung der Wadsworth Vorlage, welche die Dienstpflichtbestimmung enthält, verbünden werden. Senator McCallar, Demokrat, Tennessee, prophezeit, daß nicht mehr als drei oder vier Demokraten die Vorlage unterstützen würden.

Briten lebten in Paris in Saus und Braus

London, 7. April. — Die Rechnung für die Unkosten der britischen Friedensdelegation in Versailles, die sich auf 503,388 Pfund Sterling beläuft, hat zur Folge gehabt, daß von vielen Seiten die Beschuldigung erhoben worden ist, die Regierung habe das Geld in der rücksichtslossten Weise verschwendet. Als die Rechnung kürzlich im Unterhaus vorgelegt wurde, mußte sich Sir Alfred Mond der „Firth Commission of Enquiry“ ein scharfes Verhör darüber gefallen lassen, ob in den Pariser Hotelrechnungen auch die Kosten für Champagner, Diners und Tanzvergünstigungen mit eingeschlossen seien. Er erwiderte, sein Department sei nicht für die Bezahlung der Rechnungen für Lebensmittel, Kleidung, für Schreibmaterialien, Tanzvergünstigungen oder für Musikpartys verantwortlich.

Der Krieg kam zu Ende, sagte Senator Curtis

Washington, 7. April. — Senator Curtis, Republikaner, Kansas, „als beide Parteien den Kampf einstellten. Wir haben Frieden, und es ist die Schuld des Präsidenten, daß der Vertrag nicht längst ratifiziert worden ist.“

Der Führer der Regierungsdemokraten, Senator Hitchcock

behauptet, daß der Friede zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland noch nicht hergestellt ist und

Armeepolizei vor Kongress-Komitee

Washington, 7. April. — Beschuldigungen, daß die amerikanische Heerespolizei im Pariser Distrikt „blutdürstige und brutale Methoden“ gegen die Soldaten gebraucht habe, wurden von dem Abgeordneten Wood, Indiana, von dem Unterausschuß des Kriegsausschusses erhoben. Diese Beschuldigungen wurden von dem Brigadegeneral Gortz, dem Kommandanten der Polizei, zurückgewiesen. Er behauptete, daß alle militärischen Polizisten Befehl gehabt hätten, nur dann Gewalt zu gebrauchen, wenn sich ein Soldat widergesetzlich benehme. Er erwiderte, daß er Befehl vom General erhalten habe, eine große Anzahl Soldaten aufzugreifen, die sich ohne Urlaub in Paris aufhielten.

Clemenceau von Halsleiden befallen

London, 7. April. — Der frühere französische Premier Georges Clemenceau liegt krank in Kairo darnieder; er leidet an Bronchitis und geht seiner Genesung nur langsam entgegen. Man ist wegen seines Befindens besorgt. (Gleich nach seiner Niederlage in der Präsidentschaftswahl besap sich Clemenceau zur Herstellung seiner angegriffenen Gesundheit nach Ägypten.)

Die Japaner bleiben vorerst in Sibirien

Tokio, 31. März. (Verjögert.) — Es wurde heute offiziell angekündigt, daß japanische Truppen aus Sibirien zurückgezogen werden würden, sobald die Tschoko-Sowjets Sibirien geräumt, die Sicherheit der japanischen Bevölkerung Sibiriens gewährleistet und die Mandchurerei und Korea nicht länger von den Bolschewisten bedroht werden.

Debatte über Friedens-Resolution im Gange

Republikaner verweisen darauf, daß die Resolution legitim ist; geben Wilson die Schuld, daß noch kein Friede geschlossen ist

Abstimmung vielleicht am Freitag oder Samstag

Washington, 7. April. — Gestern der dritte Jahrestag des Eintritts Amerikas in den Krieg, fand die republikanischen und demokratischen Führer des Kongresses in bitterem Kampfe darüber, wie der Friede in geschwängiger Weise hergestellt werden könne. Die Demokraten behaupten, daß dieses nur durch Ratifikation des Friedensvertrages zu ermöglichen sei, während die Republikaner darauf verweisen, daß die Ratifikation des Friedensvertrages nunmehr zweimal abgelehnt worden ist, es die Pflicht des Kongresses sei, den Krieg durch Annahme einer Friedensresolution offiziell zu beenden. Eine neuntägige Debatte über diese Resolution ist vorgesehen worden, und eine Abstimmung steht schmerzlich vor Freitag oder Samstag zu erwarten.

Die Anführer, ob sich die Vereinigten Staaten immer noch im Kriege mit Deutschland befinden, gehen weit auseinander. Etlche Republikaner sagen, der Krieg sei zu Ende, dabei Bezug auf die Votings der Präsidenten nehmend, in der er die Waffenstillstandsbedingungen angab und zum Schluß hinzufügte, „damit ist der Krieg zum Abschluß gekommen.“

Demokraten in dessen behaupten, daß der Friedensvertrag nicht ratifiziert worden ist, und daß zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich nur ein Waffenstillstand bestehe.

„Der Krieg kam zu Ende,“ sagte Senator Curtis, Republikaner, Kansas, „als beide Parteien den Kampf einstellten. Wir haben Frieden, und es ist die Schuld des Präsidenten, daß der Vertrag nicht längst ratifiziert worden ist.“

Der Führer der Regierungsdemokraten, Senator Hitchcock, behauptet, daß der Friede zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland noch nicht hergestellt ist und

Wochenstellers-Streik wird Preise erhöhen

Chicago, 7. April. — Von den Großhändlern wird verkündet, daß die Preise für Fleisch und andere Nahrungsmittel infolge des Wochenstellersstreiks bedeutend in die Höhe gehen werden. Sie erklären, daß die Schlachtviehzufuhr von täglich 50,000 Stück auf weniger als 10,000 Stück täglich gesunken sei. Die Eingänge beliefen sich gestern nur auf 8,000 Stück gegen 54,000 Stück vor zwei Wochen. Durch den Streik sind 10,000 Arbeiter an den Viehhöfen arbeitslos gemacht worden. Gestern wurden 1,000 Verbands-„Streikbrecher“ an Stelle der Ausständigen in Arbeit genommen. Mehrere hundert andere werden angehts des Ultimatus der Brüderlichkeit, daß Streiker aus der Brüderlichkeit ausgeschlossen werden sollen, ohne Zweifel an die Arbeit zurückkehren. Die Ausständigen behaupten, daß ihre Zahl sich auf 16,000 beläuft. Zu Gorn schlossen sich ihnen gestern 500 Mann an.

Demokratischer Sieg in Kansas City

Kansas City, 7. April. — Bei den gestrigen Stadtwahlen wurden Bürgermeister Conroy und 12 meiste Stadtrichter auf dem demokratischen Ticket wieder gewählt, und zwar mit einer Durchschmitts-mehrheit von 2,000 Stimmen. Vor zwei Jahren gewann Conroy mit gegen 7,000 Stimmen. Die Demokraten sichten über eine „Reform“-organisation.

Hoover kann nicht wählen

San Jose, Cal., 7. April. — Herbert Hoover beachtete, sich für die Vorwahlen in California in die Wählerlisten eintragen zu lassen, konnte aber seinen Vorlauf nicht ausführen, weil sein Attest über seine Eintragung in New York zu spät eintraf, um hier eingetragen werden zu können.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Etwas wärmer heute abend. Donnerstag wahrscheinlich unbestimmt. Für Nebraska — Zunehmende Umwölkung und wärmer heute abend, in unbestimmtes Wetter auskarend am Donnerstag. Für Iowa — Schön. Etwas wärmer heute abend. Donnerstag wahrscheinlich unbestimmt.

Hapag-Beamte kommen zur Beratung her

New York, 7. April. — Am 9. April werden hier Präsident Cuno, der Nachfolger des Verstorbenen Albert Ballin, und Direktor Sulzbachmann von der Hamburg-Amerika Linie eintreffen, um mit den Beamten des U. S. Shipping Board in Washington über die Fahrpläne der amerikanischen Schiffe und die einzunehmenden Kargos zu beraten. Die beiden Beamten sind mit Spezialpässen des Staatsdepartments versehen worden und am 30. März auf dem Dampfer „Bergensfjord“ von Christiania abgegangen; sie werden hier von Wm. O. Sidel, dem Direktor der deutschen Dampfergesellschaft in den Vereinigten Staaten, empfangen und nach Washington geleitet werden. Zu Reederkreisen wurde gestern gesagt, daß die unter der Flagge des Shipping Board segelnden früheren deutschen Schiffe nach Abschluß der Friedensschlüsse den größten Teil mit den früheren Offizieren und Mannschaften des Sabog und des Norddeutschen Lloyd demant werden würden, sobald sie ihre ersten Papiere herausgenommen hätten.

Tirol will Bund mit Deutschland

Wien, 7. April. — Delegaten der Tiroler Regierung haben Vertretern der Allierten dargelegt, daß ihr Land mit Deutschland wirtschaftlich vereinigt werden müsse. Die Stadt Innsbruck im südlichen Steiermark welche Oesterreich von der Friedenskonferenz ausgeprochen wurde, hat die österreichische Regierung er-lucht, die Verwaltung zu übernehmen. Das Gesuch ist mit einem Hinweis auf die Unterdrückung und die Grausamkeit der Südslaven begleitet.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Etwas wärmer heute abend. Donnerstag wahrscheinlich unbestimmt. Für Nebraska — Zunehmende Umwölkung und wärmer heute abend, in unbestimmtes Wetter auskarend am Donnerstag. Für Iowa — Schön. Etwas wärmer heute abend. Donnerstag wahrscheinlich unbestimmt.